



Beschlussvorlage

Drucksache VL-135/2018

- öffentlich -

Sachbearbeiter/in, Az

Gremium	Sitzung am	Sitzung Nr.	Beratungsaktion
Ausschuss für Bauwesen, Umwelt u. Stadtentwicklung	07.06.2018	18	vorberatend
Haupt- und Finanzausschuss	12.06.2018	13	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	14.06.2018	13	beschließend

Bezeichnung: **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BB und CDU sowie des FDP-Stadtverordneten Uwe Plack betr. Erhebung von Straßenbeiträgen – Prüfung des finanziellen Umfangs beitragspflichtiger Straßenbaumaßnahmen**

Stadtverordnetenvorsteher	FB-Leiter	Sachbearbeiter/in	FB II

SACH- UND RECHTSLAGE:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Aufstellung über durchgeführte beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen zu erstellen. Diese Aufstellung soll, aufgeschlüsselt nach Haushaltsjahr, folgende Daten enthalten:

- Anzahl beitragspflichtiger Straßenbaumaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2017, getrennt nach Ersterschließung oder Sanierung,
- Gesamtkosten, die für die Maßnahmen angefallen sind, sowie ggf. erhaltene Zuschüsse,
- Höhe des Kostenanteils, der auf die Anlieger entfallen ist.

Über das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Begründung

Die Finanzierung von Straßenbaumaßnahmen, seien es Bundes-, Landes-, oder auch Kreisstraßen, erfolgt durchweg durch den jeweiligen Träger und wird aus allgemeinen Steuermitteln finanziert. Eine direkte finanzielle Beteiligung der Bevölkerung erfolgt in diesen Fällen nicht. Daher ist es zu begrüßen, dass die Landesregierung die Pflicht zur Erhebung von Straßenbeiträgen abgeschafft, und die Entscheidung über eine Erhebung den Kommunen selbst überlassen hat. Hierbei möchte das Land Hessen den Kommunen auch zusätzliche Möglichkeiten zur Verfügung stellen, die Beitragssatzungen bürgerfreundlicher und flexibler zu gestalten. Eine Reduzierung der finanziellen Belastungen durch Straßenbeiträge, z.B. durch eine nutzerfreundliche Satzungsgestaltung oder ggf. ein vollständiger Verzicht auf die Erhebung von Straßenbeiträgen, ist ein Faktor, der die Attraktivität einer Kommune steigert, da dies den Bürgern zugute kommt. Um einen besseren Überblick über Dringlichkeit und Notwendigkeit von Straßensanierungsmaßnahmen zu erhalten, wurde die Erstellung eines Straßenkatasters bereits auf den Weg gebracht, welches einen Überblick über den baulichen Zustand der städtischen Straßen ermöglicht. Welche finanziellen Belastungen für die Stadt und die Bürger durch den Straßenbau entstehen, soll dieser Antrag klären, damit nach Fertigstellung des Straßenkatasters eine Neuregelung auf den Weg gebracht werden kann, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Entlastung ermöglicht.

BB-Fraktion
Michael Miss

CDU-Fraktion
Siegfried Engelbach

FDP
Uwe Plack

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN:

Keine, da lediglich Prüfauftrag

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Aufstellung über durchgeführte beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen zu erstellen. Diese Aufstellung soll, aufgeschlüsselt nach Haushaltsjahr, folgende Daten enthalten:

- Anzahl beitragspflichtiger Straßenbaumaßnahmen in den Jahren 2008 bis 2017, getrennt nach Ersterschließung oder Sanierung,
- Gesamtkosten, die für die Maßnahmen angefallen sind, sowie ggf. erhaltene Zuschüsse,
- Höhe des Kostenanteils, der auf die Anlieger entfallen ist.